

# Deutsche Gesellschaft für öffentliche Arbeiten Aktiengesellschaft

Sitz der Verwaltung: (1) Berlin-Charlottenburg 2, Uhlandstr. 6

Sitz des Custodian für die brit.Zone: (24a) Hamburg 11, Alter Wall 32

Fernruf: Verwaltung: 32 20 37 Berlin;  
Custodian: 34 06 64/65 Hamburg.

Bankverbindungen: Deutsche Bau- und Bodenbank A.G., Frankfurt (Main) und deren Zweigniederlassungen in Essen, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Koblenz, München. Deutsche Bau- und Bodenbank A.G., Berlin.

Gründung: 1. August 1930.

Zweck: Die Förderung der Errichtung, des Ausbaues und der Erhaltung wertschaffender Anlagen und Durchführung sonstiger vom Deutschen Reich übertragener wirtschaftlicher Aufgaben.

Vorstand: Dr. Alfred Ohlmer; Walter Zehl.

Aufsichtsrat: Generaldirektor Arnold Knoblauch, Vors.; Geh. Oberregierungsrat Rudolf Haenel; Ministerialdirigent Viktor von Knorre; Dr. Dr. jur. Otto Kämper; Rechtsanwalt und Notar, Dr. Erich Trost.

Custodian für die britische Zone:

Dr. jur. Johannemann, Hamburg 11, Alter Wall 32.

Abschlussprüfer: Aktiengesellschaft für Wirtschaftsprüfung, Disseldorf.

Geschäftsjahr: 1. April bis 31. März.

Stimmrecht der Aktien in der H.-V.:

Je nom. RM 1 000.- = 1 Stimme.

Satzungsgemäße Verwendung des Reingewinns:

Der aus der festgestellten Bilanz sich ergebende Reingewinn der Gesellschaft wird wie folgt verteilt:

- 10 % des Reingewinns fließen dem Reservefonds zu, bis er den zehnten Teil des eingezahlten Aktienkapitals erreicht oder wieder erreicht hat,
- der verbleibende Gewinn ist bis zu der für gemeinnützige Unternehmungen zulässigen Höchstgrenze auf alle Aktien zu verteilen,
- der Rest des dann noch verbleibenden Reingewinns darf nur zur Förderung des gemeinnützigen Zweckes des Unternehmens im Sinne des § 2 der Satzungen verwendet werden.

Zahlstellen: Bankverbindungen.

## Aufbau und Entwicklung

1930 Gründung mit einem Aktienkapital von RM 150 000 000.- und ausgewiesenen Reserven von RM 105 000 000.-. Die Aktien wurden von den Gründern zu 170 % übernommen. Zur Erreichung des Gesellschaftszweckes standen dem Institut die Einnahmen aus seinem Vermögen zur Verfügung. Es hat seit seiner Gründung rund RM 200 000 000.- eigene Kredite gewährt. Außerdem hat es im Auftrage des Reichs einen großen Teil der Arbeitsbeschaffungsprogramme durchgeführt und hierfür Kreditermächtigungen in Höhe von rd. RM 1 257 000 000.- erhalten. Die Mittel sind als langfristige Darlehen für volkswirtschaftlich wertvolle Aufgaben an Gemeinden und Gemeindeverbände, öffentlich-rechtliche Körperschaften und gemischtwirtschaftliche Unternehmen gewährt, in der Hauptsache

für größere Tiefbauten, wie Talsperren, Hafenbauten und Flußregulierungen, für Straßenbauten und Arbeiten der kommunalen Versorgungsbetriebe verwendet worden.

Nachdem die dem Institut gestellten Aufgaben als erfüllt angesehen werden konnten, hatte die Reichsregierung beschlossen, die Gesellschaft mit Wirkung vom 1. April 1937 zu liquidieren. Die H.-V. vom 22. September 1939 beschloß die Fortsetzung der Gesellschaft. Die Öffa wurde mit Erlass des Reichswirtschaftsministers vom 22. Sept. 1939 mit der Durchführung der "Kredithilfe für die gewerbliche Wirtschaft" beauftragt, da infolge des Kriegsausbruches Liquiditätsschwierigkeiten der gewerblichen Klein- und Mittelbetriebe befürchtet wurden.

Nach der Besetzung Berlins fand auf Grund der von der russ. Militärregierung angeordneten Massnahmen auch die Tätigkeit der Öffa zunächst ihr Ende. Für die Westzonen übernahmen die Niederlassungen der Deutschen Bau- und Bodenbank auf Grund des bestehenden Managementvertrages und im Einvernehmen mit den zuständigen Behörden die Verwaltung der in diesen Gebieten laufenden Darlehen. Für die brit. Zone wurde im Jahre 1947 ein Custodian (Treuhand) eingesetzt, der die Verwaltung der Darlehen in Hamburg nach einheitlichen Gesichtspunkten zusammengefaßt hat. Er bedient sich hierbei der Hilfe der regional zuständigen Niederlassungen der Bau- und Bodenbank.

Die Öffa befindet sich nicht in Abwicklung. Ob und in welcher Form sie weiter geführt werden soll, unterliegt gegenwärtig der Prüfung durch die zuständigen Instanzen.

## Statistik

Heutiges Grundkapital:

nom. RM 150 000 000.-.

Art der Aktien: Namens-Stammaktien

Stückelung: 150 000 Stücke zu je

RM 1 000.- Nr. 1-150 000.

Großaktionär:

Sämtliche Aktien waren in der Hand des Deutschen Reiches.

Voraussetzung zur Wertpap.-Ber. gegeben:

Wertp.-S.-Bk.: Berliner Zentralbank.

Prüfstelle: Deutsche Bau- und Bodenbank

A.-G., West-Berlin-Charlottenburg 2,

Berliner Str. 9.

Stichtag: 1. Februar 1950.

Grundbesitz: ist nicht vorhanden.

Forderungen aus Darlehen:

Nach Umstellung auf DM etwa DM 5 Mill.

nach dem gegenwärtigen Stand.

Wertpapiere (verzinsl., außer Reichsanl. und dgl.):

Etwa DM 560 000.-.

Dividenden: 1939/40: 5 %; 1940/41: 5 %;

1941/42: 5 %; 1942/43: 4 %.